

Ausarbeitung des Arbeitskreises Schutz und Wehr

Bevor der Arbeitskreis seine bisherigen Ergebnisse vorträgt, wird ein Zustandsbericht der Deutschen Streitkräfte gegeben. Zur Polizei und anderen Behörden fehlen entsprechende Informationen, wenn jedoch das Geschehen in den Städten (Stichwort Rütli Schule Berlin) richtig gewertet wird, kann festgestellt werden, daß es mit der Sicherheit der Bürger nicht mehr weit her ist.

Das Thema Streitkräfte scheint auf den ersten Blick zweitrangig zu sein. Es sollte jedoch daran gedacht werden daß erhebliche Gelder in den Verteidigungshaushalt und ganz besonders in die Auslandseinsätze fließen. Es geht um das Wohl junger Menschen, die als Soldaten im hoheitlichen Auftrag ihr Leben riskieren oder fremde Menschen töten. Gerade durch den Einsatz in Afghanistan ist ein Verlust des Ansehens Deutschlands in der arabischen Welt, einhergehend mit erhöhtem Anschlagrisiko in Deutschland zu erwarten.

Die Situation der Streitkräfte ist derzeit wesentlich desolater als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Dies betrifft die Ausstattung der Streitkräfte ebenso wie das innere Gefüge, die Moral und das Selbstverständnis der Soldaten.

Alle Truppenteile des Heeres unterstehen im Verteidigungsfall ausländischem Kommando. Der normale Soldat sowie der Bürger bemerkt dies so nicht, da ja zum Beispiel die Divisionskommandeure deutsche Generäle sind. Die Verbände sind jedoch bereits im Frieden der NATO für den Einsatzfall unterstellt und der Oberbefehlshaber Europa ist ein US – General. Der Bundeskanzler übernehme im Verteidigungsfall die Kommandogewalt über Ämter und Schulen. Die Umgliederung der Bundeswehr, in der Öffentlichkeit Transformation genannt, hat dazu geführt, daß die Auslandseinsätze gerade noch erfüllbar sind, eine Verteidigung des Territoriums der Bundesrepublik derzeit unmöglich wäre. So verfügt die gesamte Bundeswehr zum Beispiel noch über sechs aktive Panzer-Bataillone, das sind gesamt 234 Kampfpanzer. 1990 waren dies zum Vergleich 62 Panzer Bataillone mit 2418 Kampfpanzern. Sie haben mitgerechnet, es sind 1/10 des ursprünglichen Bestandes.

Den Soldaten fehlt jegliches moralisches oder sittliches Bewußtsein über Sinn und Zweck ihres Daseins, über grundgesetzliche oder völkerrechtliche Zulässigkeit der Auslandseinsätze der Bundeswehr wird höchstens hinter „vorgehaltener Hand“ gesprochen.

Einige Beispiele sollen Ihnen den Zustand der Bundeswehr verdeutlichen:

- Noch aktuell: der G8 Gipfel in Heiligendamm. Die Bundeswehr war mit 1.100 Soldaten im Einsatz, angeblich wurde technische und logistische Amtshilfe gemäß Art. 35 Abs. 1 GG erbracht. Dieser Absatz sagt: „Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe“.

Hier liegt ein Verstoß des Art. 87a GG vor, welcher den Einsatz von Streitkräften im Inneren ausdrücklich auf inneren Notstand, Katastrophenhilfe und den Verteidigungsfall begrenzt.

- Wer weiß von Ihnen, an welchen Auslandseinsätzen von UN, NATO, EU oder OSZE die Bundesrepublik derzeit beteiligt ist?
An sage und schreibe 40 verschiedenen Einsätzen! Mit ca. 176 Zivilisten (Geheimdienstmitarbeitern) ca. 330 Polizisten und ca. 8.800 Soldaten.
Dabei sind Länder wie Timor, Haiti, Elfenbeinküste und der IRAK. Bezeichnenderweise wird die Zahl der dort eingesetzten Beamten mit „n.a.“ (nicht angegeben) bezeichnet.
- Die Rettung von in feindlichem Gebiet befindlichen Soldaten, zum Beispiel abgestürzte Besatzungen von Luftfahrzeugen, wird seit 1996 mit hoher Priorität geplant. Seit diesem Jahr gibt es eine Projektgruppe, die sich mit dieser Problematik befaßt, bisher ohne Ergebnis. Auch das Kommando Spezialkräfte in Calw, welches ja angeblich zum Retten und Befreien deutscher Staatsbürger aufgestellt wurde, verfügt nicht über die notwendige Ausrüstung. Es fehlen insbesondere dafür geeignete Luftfahrzeuge, diese sollen ab dem Jahr 2011 zur Verfügung stehen.
- Am 26.03. diesen Jahres wurde durch das Bundesministerium eine: „Weisung zur Erfassung von erkrankten, verletzten und verstorbenen DEUTSCHEN Kontingentangehörigen im Rahmen von Auslandseinsätzen“ erlassen. Alle Truppenteile der Bundeswehr wurden aufgefordert entsprechende Zahlen zu melden. Man hatte bis zu diesem Zeitpunkt nicht mal eine Statistik über erkrankte verletzte oder getötete Soldaten geführt! Die Bezeichnungen: Verwundet und gefallen werden innerhalb der Streitkräfte nicht verwendet.
- Eine Weisung des Streitkräfteunterstützungskommandos vom 21.12.2005 regelt genau, welchem Dienstgrad welche Art von Dienstfahrzeug zusteht: bis zur Besoldungsklasse A10 einschließlich ein Polo, Skoda Fabia und Vergleichbares. Hauptleute und Majore dürfen mit Opel Astra oder Ford Focus fahren, dem A15er, Oberstleutnant steht im Bedarfsfall ein Opel Vectra oder Ford Mondeo zur Verfügung, ein Oberst kann sich mit Opel Signum oder 318er BMW kutschieren lassen und ab General darf ein Mercedes E220 CDI oder BMW 525 angemietet werden.
- Die Teilnahme an einem Erkundungskommando für einen Auslandseinsatz zählt gemäß einer Weisung des Ministeriums nicht zum Auslandseinsatz, selbst wenn das Erkundungskommando im Lande bleibt und in das Kontingent übergeht. Das hat entscheidende finanzielle Nachteile ganz besonders im Versorgungsfall.
- Am 06.04.2005 wurde das Austeilen des Liederbuches der Bundeswehr verboten. Grund war das Lied „Wir ziehen über Straßen im schweren, festen Tritt...“. Das Liederbuch der Bundeswehr war von der Bundesprüfstelle für

jugendgefährdende Medien indiziert worden. Es wurde ein Neudruck angekündigt. Vier Wochen später wurde befohlen: „Das Liederbuch darf wieder ausgegeben werden, wenn die Disziplinarvorgesetzten sichergestellt haben, daß die Seite 28 entfernt worden ist. Es wird empfohlen, die Seite 27 vorher zu kopieren, damit die Spielanleitung (Gitarrengriffe) für das Lied auf der Seite 26 erhalten bleibt.“

- Der Bundeswehrverband, die Interessenvertretung der Soldaten (einer Gewerkschaft vergleichbar), hatte vom Dezember 2006 bis Februar 2007 ihre Mitglieder zu einer Umfrage zum Thema Dienstzufriedenheit aufgerufen. Über 45 000 Soldaten haben daran teilgenommen, das sind ca. 20 % aller Bundeswehrangehörigen. Das Ergebnis ist für die Bundeswehrführung niederschmetternd, einige Auszüge:
Nur 3,9 % der Mitglieder fühlen sich von der Politik ausreichend unterstützt;
6,2 % meinen, daß Politiker den Sinn der Auslandseinsätze ausreichend vermitteln;
9,7 % meinen, daß die Bevölkerung hinter den Auslandseinsätzen stehe;
18,4 % sagten, daß es der Bundeswehr gelinge, in der Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal zu gewinnen;
nur 34,2 % würde ihnen nahestehenden Personen den Dienst in den Streitkräften empfehlen.
Offizielle Reaktion auf diese Umfrageergebnisse, die in mehreren Publikationen innerhalb der Bundeswehr veröffentlicht wurden: Keine.
- Wußten Sie, daß während des 1. Golfkrieges deutsche Soldaten in Israel stationiert waren? Sicher nicht, denn die Flugabwehrraketen- Staffeln vom Typ Patriot wurden in Emden an Niederländer übergeben. Die sollten offiziell die Waffensysteme bedienen und führen. In Wirklichkeit wurden deutsche Luftwaffensoldaten in aller Heimlichkeit nach Israel verlegt, übernahmen ihre Waffensysteme im Hafen von Tel Aviv und es waren deutsche Luftwaffenoffiziere, die den Feuerkampf gegen anfliegende irakische Scud-Raketen führten.
Ein pikantes Detail dieses Einsatzes: die ersten Patriot- Raketen verfehlten ihr Ziel, erst nachdem Experten der amerikanischen Herstellerfirma die Rechnerelektronik verändert hatten, wurden Abschüsse erzielt. Ist ihnen klar, was das bedeutet? Die USA hatten der BRD Waffensysteme verkauft, mit denen nicht getroffen werden konnte!
- Während des Serbien / Kosovo- Krieges wurden die deutschen Tornado-Kampfflugzeuge vom ersten Tage an von Piacenza aus zu Bodenangriffen eingesetzt, der deutschen Öffentlichkeit wurden durch die Medien Aufklärungseinsätze vorgelogen.
- Offiziell ist die Versorgung der Soldaten bei Unfall oder Verletzung durch die Sanitätseinrichtungen im Einsatz im Ergebnis mindestens so gut wie im Heimatland, die Feldlazarette ausgestattet wie ein Kreiskrankenhaus. Dies ist jedoch nur auf dem Papier richtig, da häufig gerade Facharztstellen nicht mit

qualifiziertem Personal besetzt werden können. Auf entsprechende Veröffentlichungen des Forums Sanitätsoffiziere, eine Ärztevereinigung innerhalb der Bundeswehr, wurden bewiesene Tatsachen von Seiten der Sanitätsführung bestritten und das Ganze als die unsachliche Kritik einzelner, frustrierter Klinikärzte abgetan.

- Soldaten die für ein NRF- Kontingent (NATO Response- Force) benannt und eingeteilt werden, müssen sich auch gegen ihren Willen gegen japanische Enzephalitis impfen lassen. Der Impfstoff hierfür wurde in den 70er Jahren in Asien aus Mäusegehirn gewonnen und besitzt in Deutschland keine Zulassung. Das Selbstbestimmungsrecht sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Soldaten wird per Weisung des Sanitätsführungskommandos der Fürsorgepflicht des Dienstherrn untergeordnet.
- Als im April 2007 entschieden wurde, Tornado- Kampfflugzeuge nach Mazar-E- Sharif in Afghanistan zu verlegen, plante die Bundeswehrführung ernsthaft, den benötigten Treibstoff für den Einsatz der Flugzeuge von ca. 40 m³ pro Tag, aus dem 800 km entfernten Kabul mit Straßentankwagen herbeifahren zu lassen.

Diese Beispiele mögen genügen. Es ist tatsächlich so, daß mindestens die mittlere und höhere Führungsschicht keinerlei Rückrat zeigt. Vorgaben der Politik und höherer Vorgesetzter werden, selbst wenn als offensichtlich falsch erkannt, meist kritiklos umgesetzt, oft zu Lasten der unteren Ränge. Die Gesundheit der Soldaten wird fahrlässig aufs Spiel gesetzt. Was nicht paßt, wird verschwiegen oder schön gelogen, da die meisten Offiziere sich scheuen, unangenehme Wahrheiten zu melden. Die Berufsunteroffiziere sind enttäuscht und reden davon, daß dies nicht mehr die Bundeswehr sei, für die sie einmal die rechte Hand gehoben hätten. Eine Erziehung der Soldaten zu ethischen, moralischen Werten findet in Wirklichkeit nicht statt. Kommen Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Auslandseinsätze, werden diese mit Hinweis auf den Auslandsverwendungszuschlag (ca. 90 € pro Tag für Afghanistan) zurückgewiesen.

Es folgen die Vorschläge des Arbeitskreises Schutz und Wehr:

Es gehört zu den wichtigen Aufgaben einer zukünftigen Regierung grundsätzlich eine militärische Auseinandersetzung zu vermeiden. Falls es doch dazu kommt, müssen die Deutschen Streitkräfte in der Lage sein, das Deutsche Volk und das Gebiet des Vaterlandes zu verteidigen, die Unversehrtheit zu erhalten oder wiederherzustellen.

Das zukünftige deutsche Staatswesen ist militärpolitisch **neutral**, das heißt: es schließt sich keinem Militärbündnis dauerhaft an.

Polizei, Zoll, Justiz und Strafvollzug haben:

- die Sicherheit des Bürgers und der staatlichen Organe bei möglichst geringer Beeinträchtigung sicherzustellen, (keine Verdachtsüberwachung),
- bei der Strafverfolgung zu ermitteln, um eine gerechte Aburteilung von Straftätern zu ermöglichen,
- durch angemessenen und harten Strafvollzug die Wiederholung von Straftaten zu erschweren(u.a. Todesstrafe für Kinderschänder).

Der Arbeitskreis Schutz und Wehr hat sich mit Folgendem zu befassen:

- der Zuarbeit zu einer neuen Verfassung,
- der Erstellung eines Gesamtplanes Sicherheit in Deutschland,
- der Erstellung eines Gesamtplanes Verteidigung,
- daraus ableitend:
 - o Erarbeitung eines neuen Wehr-, Polizei-, Strafvollzug-, Zoll-, Katastrophen- und Notstandsgesetzes
- Erarbeitung eines Planes für die **Übergangszeit**; es darf keine Phase der Machtleere oder der Unsicherheit in Deutschland geben bis die neue Verfassung mit Folgegesetzen greift,
- Zusammenarbeit mit den AK Äußeres, insbesondere was Vorschläge für die Vorbereitung für den Abschluß bilateraler Verträge mit anderen Staaten angeht (Schutzmacht / Rückversicherungsverträge),
- Zusammenarbeit mit dem AK Inneres, was die Planung Sicherheit betrifft,
- Gewinnung erfahrener Fachleute für diese Bereiche.

Es wurden bisher folgende Einzelpunkte festgelegt:

1	Beendigung aller Auslandseinsätze und Rückholung aller Soldaten der Bundeswehr (auch UN Missionen)	
2	Grundsätzliches Entsendeverbot von Truppen (Ausnahme könnte ein Hilfseinsatz nach Naturkatastrophe oder Evakuierungsoperationen sein)	
3	Verbot der Unterstellung Deutscher Truppen unter nichtdeutsches Kommando	
4	Auflösung aller Dienststellen der Bundeswehr im Ausland	
5	Auflösung aller nichtdeutschen militärischen Dienststellen im Inland, Stationierungsverbot für alle nichtdeutschen Truppen in Deutschland	
6	Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Verteidigungsarmee zur Abwehr von Angriffen auf das	

	Deutsche Staatsgebiet	
7	Schaffung eines deutschen Generalstabes	
8	Grundgliederung des Heeres in : - Feldarmee (hoher Freiwilligenanteil, hochmobil, 100 % verfügbar) zum taktisch- operativen Einsatz - Territorialarmee (hoher Reservistenanteil, verzahnt mit Katastrophenschutz, THW, Rotem Kreuz und Feuerwehr) zum Objektschutz und unmittelbarem Schutz der Bevölkerung	
9	Luftwaffe gegliedert und ausgerüstet zur Überwachung und Sicherung des Deutschen Luftraumes, zur Unterstützung von See- und Bodenoperationen	
10	Marine gegliedert und ausgerüstet zur Überwachung und Sicherung von Ost- und Nordsee, Sicherung der Haupthandelswege im Kriegsfall, Unterstützung des Feldheeres	
11	flächen- und raumdeckende Raketenabwehr (Weltraum, Luft, Land, Wasser)	
12	Grenzschutz durch Armee- Einheiten (Land, Luft, See)	
13	Verbot von Waffenproduktion und Wissensverlagerung ins Ausland	
14	Verbot des Einsatzes der Armee im Inland außer im Katastrophen- oder Kriegsfall, jedoch nie gegen das deutsche Volk	
15	Alle Militärangehörigen und hoheitliche Beamte werden auf die Verfassung und das deutsche Volk vereidigt	
16	Allen Militärangehörigen und hoheitlichen Beamten ist die Mitgliedschaft in einer politischen Partei, einer Loge, einem sonstigen Geheimbund (Rosenkreuzler, Illuminaten, Freimaurer u.ä.) verboten	
17	Sicherheit im Inneren einschließlich der Überwachung aller Häfen, Flughäfen, Bahnhöfen und Regierungsgebäude ist Sache der Polizei	

18	Die Ausbildung aller hoheitlichen Beamten hat sich an den oben aufgeführten Zielen zu orientieren	
19	Alle Militärangehörigen und sonstige Beamten, die mit hoheitlichen Aufgaben betraut werden (Polizei, Zoll, Justiz und Strafvollzug), werden zu Ehre , Treue und Wahrhaftigkeit erzogen	
20	Über die Notwendigkeit eines Inlandsgeheimdienstes muß nachgedacht werden	

© Arbeitskreis Schutz und Wehr am Runden Tisch